

## Opfer der Bazooka



Peter Grabowski ist der kulturpolitische reporter  
<https://derkulturpolitischereporter.de>

**Berlin nimmt Riesensummen in die Hand, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu kontrollieren. Auch für die Kultur steckt eine Milliarde Euro im Patronengurt von Finanzminister Scholz und seiner wirtschaftspolitischen »Bazooka«. Doch an Zehntausenden von Künstler\*innen geht der Rettungsschuss der Bundesregierung vorbei: Ihre Lebensrealität passt einfach nicht in die Logik des Sozialstaats.**

Keine große Branche des Landes zählt anteilig mehr Selbstständige als die Kultur- und Kreativwirtschaft (KuK). Die Zahl der »freien« Musikerinnen und Schauspieler hierzulande ist ungleich größer als die der sowieso schon vielen festangestellten. Der »Kulturstaat Deutschland« lebt von Reichtum und Vielfalt einer kulturellen Landschaft, die aus öffentlich getragenen Institutionen sowie vielen privatwirtschaftlichen Akteur\*innen, Ensembles und Orten besteht.

Dazu zählen allein Tausende, die als »unständig Beschäftigte« durch die üblichen Raster der sozialen Sicherung fallen. Die Künstlersozialkasse nimmt sie nicht, weil ihre tageweisen Engagements am Stadttheater, beim Film oder Radio als »weisungsgebunden«, also nicht als selbstständige Tätigkeit gelten. Für die private Absicherung ihrer unkalkulierbar langen Beschäftigungslosigkeiten reichen die Einkünfte aber auch nicht. Dabei sind sie wie viele andere in der KuK nicht unbedingt Geringverdiener. Oft liegen sie deutlich über jenen 17.852 Euro, die von den Mitgliedern der Künstlersozialkasse 2019 durchschnittlich brutto eingenommen wurden.

Zahllose Musiker\*innen, Autor\*innen und Kurator\*innen führen entweder allein, zu zweit oder im Familienverbund reguläre Mittelschichtsexistenzen. Bis zum Februar dieses Jahres haben sie jahraus, jahrein wie gehobene Angestellte verdient, ihre Eigenheimkredite, Versicherungen und Zeitungsabos bezahlt, sind ein- oder zweimal jährlich in Urlaub gefahren. Damit war Mitte März plötzlich Schluss. Seit es keine Konzerte und Aufführungen mehr gibt, keine Lesungen und Ausstellungen, haben viele zehntausend Selbstständige in der Kultur-

und Kreativwirtschaft auch kein Einkommen mehr. Und daran wird sich auf absehbare Zeit nicht viel ändern: Obwohl Theater und Konzerthallen, Kabarettbühnen und Clubs theoretisch wieder öffnen (dürfen), reicht das zum Infektionsschutz auf ein Viertel bis ein Sechstel reduzierte Platzangebot nicht aus, um Veranstaltungen rentabel zu machen. Die sommerlichen Megaevents der Pop-, Elektro- und Rockmusik in Parks und Stadien fallen sowieso aus. Für Künstler\*innen und Bühnenpersonal, PR-Agenten und Thekenkräfte heißt das: keine Auftritte, keine Einkommen.

Die Bundesregierung hat auf die wirtschaftliche Krise des Sektors vor allem mit drei Instrumenten reagiert: der allgemeinen Soforthilfe für Unternehmen sowie der zum »Sozialschutzpaket« gepimpten Grundsicherung und dem NEUSTART-Programm, der eingangs erwähnten Milliarde nur für die Kultur im Rahmen des Konjunkturprogramms. Das ist auch alles gut gemeint, aber den Akteur\*innen außerhalb der staatlichen Kulturinstitutionen hilft es kaum weiter. Die Soforthilfe (9.000 Euro für Soloselbstständige) dürfen sie nur für Betriebskosten verwenden, also nicht mal für ihre Krankenversicherung.

Für den Lebensunterhalt ist die Grundsicherung da; stolz verweisen Kulturstaatsministerin Grütters (CDU) und Bundesarbeitsminister Heil (SPD) auf ausgesetzte Vermögensprüfungen und die Übernahme tatsächlicher Mietkosten. Doch die Sozialgesetzbücher sind für die Lebenswirklichkeit der zugegeben speziellen Zielgruppe nicht gemacht. Wenn der Musikerin eine verspätete Gage aus dem Januar oder eine GEMA-Ausschüttung für 2019 (die es mangels Auftritten in diesem Jahr

im nächsten Jahr dann nicht gibt) als Einkommen gewertet wird, verliert sie den Anspruch auf Geld vom Staat sofort. Teilen der arbeitslose Dramaturg und seine Lebensgefährtin, die halbtags als Krankenpflegerin arbeitet, eine Wohnung, bilden sie eine »Bedarfsgemeinschaft«, in der dann ebenfalls zu viel verdient wird; und wenn ein Schauspielerpaar mit Kindern im Studium zwei- oder gar dreitausend Euro monatliche Fixkosten hat, scheitern die Logiken der staatlichen Sozialverwaltung erst recht an den Realitäten des Kulturbereichs und seiner Heerschar Soloselbstständiger. Von der Sachbearbeiterin eines nordrhein-westfälischen Jobcenters ganz zu schweigen, die eine bisher europaweit auftretende Kontrabassistin anwies, jetzt erst mal ihr Instrument zu verkaufen.

Bleibt noch die besagte Milliarde, die Monika Grütters als kulturelle Allzweckwaffe des Konjunkturpaketes feiert. 250 Millionen davon sind für pandemiebedingte Sachinvestitionen in den Hygiene- und Arbeitsschutz bestimmt. Erst so kann vielerorts überhaupt wieder was Kulturelles stattfinden, das Geld selbst bekommen aber Handwerker\*innen und Klimaanlagehersteller, nicht Künstler\*innen. Weitere 150 Millionen sind für alternative, auch digitale Kulturangebote bestimmt; exemplarisch nennt Grütters in ihrer Pressemitteilung das laufende Programm »Museum 4.0« des Bundes. Doch klassische Musiker\*innen, die bis zu 40 Prozent ihres Jahresumsatzes mit Auftritten in der Osterzeit erwirtschaften, können ihre Messen nicht einfach im August dem Netz vorsingen. Die nächsten 100 Millionen fließen in »pandemiebedingte Mehrbedarfe« bundesgeförderter Institutionen – und dann ist die Hälfte der Milliarde auch schon weg. Bleiben noch jene

450 Millionen Euro für »kleine und mittlere Kulturstätten und -projekte, die privatwirtschaftlich finanziert sind«, und denen die Einnahmen weggebrochen seien. Ihr Personal soll »aus der Kurzarbeit herausgeholt werden« und »außerdem wollen wir die Möglichkeiten eröffnen, neue Aufträge an freiberuflich Tätige und Soloselbstständige zu vergeben«, erklärte die Kulturstaatsministerin.

Merken Sie was? Genau: Hier stattet eine staatliche Verwaltung ihre übliche Fördersystematik – Infrastruktur, Innovation, Projekte – mit mehr Geld aus. An der Umsatzkrise etablierter Künstler\*innen geht diese Denke schlicht vorbei, und auch die scheinbar großen Summen trügen: Wie viele Existenzen rettet man mit am Ende vielleicht 200 NEUSTART-Millionen, die bei den Kulturproduzent\*innen noch direkt ankommen? In der deutschen Kultur- und Kreativwirtschaft gab es zuletzt 256.000 Soloselbstständige im Hauptberuf – macht 1.000 Euro für jede\*n, im Schnitt.

In der Finanzkrise von 2008 hatte der damalige EZB-Chef Mario Draghi die Situation mit seinem legendären Satz »Whatever it takes« unter Kontrolle gebracht. Daran hat sich Bundesfinanzminister Scholz beim Bild von der »Bazooka« – eigentlich eine raketengetriebene Panzerfaust der US-Armee – unübersehbar orientiert. Auch deren Einführung im Zweiten Weltkrieg verlief holprig, gegen schwere Tanks blieb sie nutzlos. So geht es auch den Künstler\*innen in der coronaren Krise: Die Bundesregierung fährt zwar große Geschütze auf, aber ihr vielbeschworener »Wumms« trifft das Ziel nicht – oder ganz anders als gedacht. So oder so wird es viele Opfer geben. ■